

Oldenburger Universitätsreden

Nr. 62

Józef Oleksy

**Polen und Deutschland
im neuen Europa**

**Vortrag des Marschalls des Sejms
der Republik Polen am 28. April 1994
an der Carl von Ossietzky Universität**



Inhalt

Vorwort	5
<i>Józef Oleksy</i>	
Polen und Deutschland im neuen Europa	7
<i>Michael Daxner</i>	
Brücken nach Polen	17
<i>Hans-Henning Hahn</i>	
Brüderlichkeit zwischen Völkern?	21
Autoren	25

VORWORT

Für die Universität Oldenburg bedeutete der Besuch des Marschalls des Sejms der Republik Polen, Dr. Józef Oleksy, am 28. April 1994 Anerkennung und Auszeichnung zugleich.

Anerkennung fanden mit diesem Besuch die in die 70er Jahre zurückgehenden Bemühungen der Universität und vieler damals hier schon tätiger Wissenschaftler, sich aktiv an der Verständigung zwischen Polen und Deutschen zu beteiligen und tragfähige Kooperationsbeziehungen im Wissenschaftsbereich aufzubauen und weiterzuentwickeln.

Der seit 1981 bestehende Vertrag mit der Nikolaus Kopernikus Universität Torun ist der sichtbare Beleg dafür, daß dieses Vorhaben gelungen ist.

Auszeichnung bedeutete der Besuch des Sejm-Marschalls, weil er Oldenburg auswählte, um hier seine Vorstellungen über 'Polen und Deutschland im neuen Europa' erstmals einer wissenschaftlichen und politisch interessierten Öffentlichkeit vorzustellen.

Zu danken ist den Kollegen Hahn und Daxner, denen es gelang, schon so kurz nach Amtsantritt Dr. Józef Oleksy nach Oldenburg zu holen. Der mit großer Aufmerksamkeit aufgenommene Vortrag des Sejm-Marschalls wird ergänzt durch eine Wiedergabe der Grußworte der Professoren Daxner und Hahn.

Mit dieser Ausgabe der Oldenburger Universitätsreden können wir ein weiteres Dokument darüber vorlegen, wie groß inzwischen die Anerkennung geworden ist, die die Carl von Ossietzky Universität national und international errungen hat.

Oldenburg, Mai 1994

Prof. Dr. Friedrich W. Busch

JÓZEF OLEKSY

Polen und Deutschland im neuen Europa

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
Magnifizenz, Exzellenz!

Es ist für den Marschall des Sejm der Republik Polen ein denkwürdiges Ereignis, an der Universität im fernen Oldenburg zu sprechen. Der polnische Staatspräsident hat es bei seinem letzten Besuch nur bis Bremen geschafft; diesmal gelingt es, den entferntesten Winkel des deutschen Nordwestens zu erreichen. Mein Besuch hat also etwas von einer Entdeckungsreise, einer Erkundung unbekannter Gebiete, womit wir auch schon bei dem Thema dieses Vortrags sind:

Unsere beiden Länder, Polen und Deutschland, befinden sich seit fünf Jahren auf einer ständigen Entdeckungsreise; einer Reise, bei der sie sich selbst und den Nachbarn neu kennenlernen. Dieser Vortrag scheint mir ein geeigneter Anlaß, um die vorläufigen Ergebnisse dieser Suche aus polnischer Sicht zusammenzufassen.

Die politische Klasse wird im allgemeinen dafür bezahlt, daß sie die Nation auf besonders ereignisreichen Reisen durch die Geschichte führt. Nun sind in beiden Ländern Politiker seit einiger Zeit Gegenstand heftiger Angriffe. Das Bewußtsein, nicht richtig geführt zu werden, scheint in beiden Gesellschaften ähnlich stark. In Deutschland äußert sich diese Spannung in dem Verlust der Absorptionsfähigkeit der traditionsreichen Parteien; in Polen in einer andauernden Zersplitterung der Parteienlandschaft und einem nur langsamen Anstieg der Wahlbeteiligung.

In beiden Ländern wird immer wieder von "Krise" gesprochen - einer Krise, die paradoxerweise für die gegenseitigen Beziehungen offensichtlich wenig Bedeutung hat. Blicken wir aber weiter - in das "neue Europa" -, so scheint es fast, als wären die guten Beziehungen Polens und Deutschlands einer der wenigen Lichtblicke auf der europäischen Landkarte. Die Europäische Union wird von allen Seiten, von innen wie von außen, kritisiert. Auf die Herausforderung im Osten - hier meine ich vor allem das ehemalige Gebiet der Sowjetunion - ist keine Antwort gefunden, der Krisenherd im Südosten befindet sich weiterhin außerhalb unserer Kontrolle. Und die inneren Probleme der Staaten vom Atlantik bis zum Ural sind so unterschiedlich, daß wir uns eine Aufzählung nicht leisten können. Festgehalten sei nur eines: Hier ist es Staatsverschuldung, da Arbeitslosigkeit, anderswo beides plus Inflation oder Migrationsbewegungen; östlich von Polen findet ein gleichzeitiger Überlebenskampf von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft statt. Es gibt also nur wenig Gemeinsamkeiten; jeder fühlt sich mit seinem Problem alleine, im Stich gelassen.

Verstärkt wird dieses Krisenbewußtsein durch die Tatsache, daß wohl niemand das heutige Ausmaß der Probleme vorausgesehen hat. Die weltweite Rezession glaubten die Fachleute schon vor einem Jahr überwunden. Das Zusammenwachsen Deutschlands wird eher Jahrzehnte als Jahre dauern. Und die Neuordnung östlich und südöstlich des Reiches Karl des Großen ist ebenfalls weit vom Abschluß entfernt.

In welchem Verhältnis stehen die Probleme Polens, Deutschlands und ihrer gegenseitigen Beziehungen zu denen Gesamteuropas? Die Höflichkeit gebietet, mit dem eigenen Land anzufangen.

Selbst wenn ich hier nicht als Vorsitzender der Gesetzgebenden Kammer Polens spräche, würde ich anfangen mit einer Versicherung: Die Entscheidung, Polen in einen demokratischen, marktwirtschaftlichen Rechtsstaat zu verwandeln, eine

Entscheidung, die 1989 von allen politischen Kräften mitgetragen wurde, - diese Entscheidung ist unwiderruflich. Der Konsens des Jahres 1989 hat bis heute seine Gültigkeit bewahrt.

Die Wahlen im September 1993 hat die bisherige Opposition gewonnen. Es hat deswegen kein Erdbeben stattgefunden, und es wird auch in der Zukunft kein Erdbeben geben. Ungeachtet aller anderslautenden Meinungen ist Polen nämlich ein Land von beachtlicher politischer Stabilität. Die Extreme befinden sich dort, wo auch ihr Platz ist - nämlich am Rand des Geschehens.

Ebenso ist Polen ein ökonomisch interessantes Land. Der Zuwachs des Bruttosozialprodukts gab uns 1993 einen Platz an der Spitze Europas. Die Inflation ist zurückgegangen, das Haushaltsdefizit hielt sich im vorgesehenen Rahmen, die Privatisierung macht Fortschritte. Trotz dieser eindeutigen Daten halten ausländische Beobachter oft lieber an dem Glauben fest, in Polen herrsche Chaos, Hyperinflation und Rezession fest.

Die Beharrlichkeit dieses Stereotyps ist ebenso verblüffend wie ihre Überzeugungskraft. Es ist wohl oft so, daß Menschen im Sog eines ständigen, alle festen Größen infrage stellenden Wandels, nur das Nächste sehen wollen; sie haben weder Zeit noch Lust, die Veränderungen im weiteren Umfeld ihrer persönlichen Existenz zur Kenntnis zu nehmen.

Vielleicht ist so zu verstehen, warum kaum jemand außer den unmittelbar Betroffenen wahrnimmt, was sich in den polnisch-deutschen Beziehungen verändert hat. Und es hat sich eine Menge verändert.

Erstens haben wir einen zwischenstaatlichen Vertrag. Ich erwähne ihn als erstes, weil es kein Vertrag wie jeder andere ist. Dieser Vertrag, meine Damen und Herren, bringt zwei Jahrhunderte der Feindschaft zum Abschluß. Er ist einer der Grundsteine des neuen Europa.

Auf der diplomatischen Ebene sind die Beziehungen zumindest gut. Erstmals in der Geschichte ist ein bedeutender Teil der polnischen Elite deutschfreundlich oder wenigstens neutral, von keinerlei Feindschaft gegenüber dem westlichen Nachbarn geprägt. Wie erklärt sich dieser Wandel? Vielleicht damit, daß sich Polen in einer ähnlichen Phase befindet, wie Deutschland vor 45 Jahren - auf der Suche nach einem Platz, auf der Suche nach Stabilität, auf der Suche nach einem Anker. Und dieser Anker ist, ähnlich wie für Deutschland 1949, der Westen. Nun ist Deutschland gerade jener Teil des Westens, mit dem unsere Beziehungen zweifellos am lebhaftesten sind. An dieser Stelle, an der Oder, müssen Osten und Westen Europas zusammenwachsen - wenn sie überhaupt zusammenwachsen sollen.

Gibt es auf deutscher Seite genug Willen und Willenskraft, diesen Prozeß konsequent zu fördern? Die deutsche Ostpolitik hat viel zum Ende des Kalten Krieges beigetragen. Heute scheint uns, daß wir es noch nie mit einer derart vorurteilsfreien deutschen Elite zu tun gehabt haben. Anfang dieses Jahres habe ich meinen ersten Auslandsbesuch als Sejm marschall in Bonn abgestattet. Es war nicht nur die ausnahmslos gute und stellenweise herzliche Atmosphäre der Gespräche, die mir im Gedächtnis geblieben ist; noch interessanter war die Feststellung, daß wir in allen Grundsatzfragen Übereinstimmung erzielt haben, daß für unsere deutschen Gesprächspartner aus allen Parteien die Pflege guter Beziehungen zu Polen eine Selbstverständlichkeit ist.

Kehren wir jedoch zur Bilanz der letzten Jahre zurück. Punkt zwei: Die polnisch-deutsche Grenze ist eine normale Grenze geworden. In den Grenzregionen spielt sich derart viel ab, daß niemand mehr imstande ist, die zahllosen Bindungen zwischen Städten, Gemeinden und Regionen zu zählen; kaum jemand ist imstande, die Vorteile zu berechnen, die beiden Seiten daraus entstehen. Im vergangenen Jahr haben circa 40 Millionen Deutsche unsere Grenze überquert; diese Zahl steigt ständig.

Wir sind gefordert zu helfen; manchmal nur dadurch, daß wir nicht stören. Die lokalen Gemeinschaften wissen oft am besten, was für sie gut ist.

Drittens ist das Problem der Minderheiten gelöst. Ich erinnere daran, daß das polnische Wahlgesetz den Minoritäten erhebliche Privilegien einräumt, die vor allem der deutschen Minderheit zugute kommen. Vier Abgeordnete sitzen im Sejm, ein Politiker der deutschen Minderheit ist Senator.

Natürlich gibt es auf diesem Gebiet gelegentlich Probleme und Irritationen. Das Zusammenleben von Mehrheit und Minderheit ist immer eine Frage des alltäglichen Verhandeln und der alltäglichen Kooperation. Eines verlieren wir aber bei diesen gelegentlichen Spannungen nicht aus dem Auge: Wir haben einen durch und durch normalen Zustand erreicht. Wer die Geschichte unserer Grenzgebiete kennt, weiß, daß dies keine Selbstverständlichkeit ist.

Um so wichtiger scheint mir gerade dieser Bereich im europäischen Kontext: Polen und deutsche Minderheit, aber auch der Staat Bundesrepublik Deutschland, haben auf dem Gebiet der Minderheiten ein Beispiel geschaffen, wie eine unheilvolle, unsäglich belastete Vergangenheit innerhalb kurzer Zeit überwunden werden kann. Die rechtlichen Voraussetzungen, aber ebenso die in alltäglicher Kleinarbeit entwickelte Kooperation, stehen heute als Beispiel für ganz Ostmittel- und Südosteuropa. Dieses Beispiel kommt heute anderen Minderheiten zugute. Es ist ebenfalls ein bemerkenswerter Beitrag unserer Länder zur Neuordnung der nationalen und sozialen Probleme im Europa nach Jalta.

Das Bild der Deutschen in der polnischen Öffentlichkeit verbessert sich systematisch. In den letzten drei Jahren ist die Antipathie um fast die Hälfte zurückgegangen, die Sympathie analog gestiegen. Nur 5% der Polen glaubt noch, daß die Gefahr von jenseits der Oder größer ist als die jenseits des Bug. Der Grund für diesen Meinungsumschwung ist, wie ich glaube,

einfach: Als demokratischer Rechtsstaat, als Marktwirtschaft, nähert sich Polen Deutschland. Emotionen werden abgebaut, konkrete, gemeinsame Interessen rücken in den Vordergrund.

Ich habe mich bereits in der Vergangenheit zur Frage geäußert, wie mein Verhältnis zu Deutschland und zur NATO mit der Tradition in Einklang zu bringen ist, aus der meine Partei stammt. Wir brauchen hier nicht darauf einzugehen, welches psychologische Trauma für Polen der Zweite Weltkrieg bedeutete, welche Mittel - bekanntermaßen auf beiden Seiten - in der Propaganda des Kalten Krieges eingesetzt worden sind. Machen wir es kurz: Die Nachkriegsgenerationen in Polen sind in deutsch-, oder, besser gesagt, bundesrepublikfeindlichem Geiste erzogen worden. Diese Erziehung war kaum effektiver als jene Version des Marxismus-Leninismus, die wir alle pauken mußten.

Dennoch: Ich denke nicht daran, die billige und zugleich falsche ideologische Didaktik zu rechtfertigen, die die Bundesrepublik zum moralischen Erben des Dritten Reiches abgestempelt hat.

Es war eine Generationenfrage. Meine Generation dürfte etwa in den 70er Jahren begriffen haben, daß Bonn weder Weimar noch sonst irgend etwas geschichtlich vergleichbares ist, sondern der erste deutsche Staat, mit dem sich Polen durchaus vertragen kann. Der Weg zu dieser Einsicht verlief sicher anders als etwa in katholischen Kreisen, wo das Umdenken spätestens mit dem denkwürdigen Brief der polnischen Bischöfe von 1965 eingesetzt hat. Aber auch bei uns gab es den ehemaligen Auschwitz-Häftling Józef Cyrankiewicz, der die Unterzeichnung des Vertrags von 1970 für einen Höhepunkt seiner politischen Laufbahn hielt, Jahre später einen Mieczyslaw Rakowski, der den Kontakt nie abreißen ließ. Dennoch: Den endgültigen Abschluß des Kalten Krieges bildete jene denkwürdige Umarmung von Tadeusz Mazowiecki und Helmut Kohl in Kreisau im November 1989. Selbst in dem

symbolreichen Herbst 1989 gehört sie zu den Bildern, die einen bleibenden Platz in der Geschichte beanspruchen.

Eine "Gnade der späten Geburt" will ich für mich nicht in Anspruch nehmen. Weder in unserem Verhältnis zu Deutschland, noch hinsichtlich unserer gesamten Biographien wollen wir nicht vortäuschen, gestern geboren zu sein. Es ist wirklich nicht so, daß wir "nichts gelernt und nichts vergessen" hätten, um einen bekannten Staatsmann zu zitieren.

Wir haben also gelernt, daß die These von einer "ewigen Feindschaft" zwischen Polen und Deutschen falsch war. Aus dieser Erkenntnis heraus haben wir die Vereinigung und Ostverlagerung des Schwerpunkts Deutschlands betrachtet. Wir glauben, zum ersten mal in unserer Geschichte, daß diese Ostverlagerung eine Wende zum Positiven bedeutet. Vor allem deshalb, weil die Rolle der Grenze sich derart grundlegend verändert hat. Es ist keine reine polnisch-deutsche Grenze mehr. An Oder und Neiße verläuft die Markierung zwischen dem östlichsten Teil der Europäischen Union und jenem Teil Europas, der den Beitritt zur Union zu seinem strategischen Ziel gemacht hat.

An dieser Stelle kommen wir auf die europäische Funktion unserer Beziehungen zurück. Die öffentliche Meinung in vielen Ländern scheint noch immer dem Glauben verhaftet, daß die Erbfeindschaft zwischen Polen und Deutschland eine konstante Größe der europäischen Politik sei. Jedes Beispiel, jedes Bild der Fremdenfeindschaft, das in den Fernsehnachrichten gezeigt wird, liefert eine willkommene Bestätigung dieser Überzeugung. Wie lange dieser Stereotyp überlebt, hängt von der Entwicklung beiderseits der Oder ab. Wir bringen in dieses neue Kapitel unserer Geschichte ein bereinigtes Vorfeld ein und den festen Willen, die Grenze so durchlässig wie nur möglich zu machen - für Menschen, Dienstleistungen, Waren und Kapital. Deutschland hat jenseits seiner Ostgrenze jenen Nachbarn, den es haben will - einen verantwortungsbewußten

und stabilen Partner. Es liegt heute und morgen im ureigensten deutschen Interesse, diese Stabilität zu fördern, durch bilaterale Zusammenarbeit ebenso wie durch geduligen, konsequenten Einsatz für Polen in Brüssel.

Innerhalb dieser Zusammenarbeit mit dem Ziel des tatsächlichen Zusammenwachsens Ostmitteleuropas spielen nicht nur rechtlicher Rahmen und Kapital eine wichtige Rolle. Die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich wäre seinerzeit auch nicht möglich gewesen ohne Kultur- und Jugendaustausch. In Polen ist das Interesse an Deutschland seit Jahren konstant hoch, die deutsche Sprache erlebt einen Boom, dem weder Sprachinstitute noch Hochschulen so richtig entsprechen können.

Und umgekehrt? Betrachten wir Deutschland vor dem Hintergrund anderer Mitglieder der Europäischen Union, ist die Lage ausgezeichnet; das Interesse an polnischer Kultur ist deutlich höher, es gibt das Jugendwerk, die Deutsch-Polnische Stiftung und unzählige andere Formen der Kontaktförderung. Betrachten wir jedoch Deutschland als Nachbar, sieht es etwas anders aus. Sie erinnern sich alle an jene erschütternden Umfragen, denenzufolge Polen Westberliner Schülern weiter entfernt scheint als Mallorca - und auch weniger interessant. Das ändert sich, aber es ändert sich langsam. Zu langsam. Und daher auch mein besonderer Dank an das Land Niedersachsen, an die Universität Oldenburg und an unseren alten Freund Hans Henning Hahn - ich bin überzeugt, daß von hier aus, aus dieser alten Stadt und neuen Universität, Wissen und Sympathie ausgeht, die letztlich uns allen die jeweilige Nachbarschaft näherbringen werden - hochverzinstes, bestens angelegtes Kapital.

Die intellektuelle Verständigung haben wir wirklich bitter nötig. Es gibt es noch einen wichtigen Aspekt der polnisch-deutschen Nachbarschaft im neuen Europa, den ich absichtlich erst an dieser Stelle behandeln werde und zwar deshalb, weil

gerade hier Wahrnehmung und Einfühlungsvermögen eine besondere Rolle spielen. Es ist die Frage der Sicherheit. Gegenwärtig gibt es im Westen viel Unsicherheit, was eigentlich die polnische Haltung in dieser Frage, das vehemente Beharren auf der Mitgliedschaft in der NATO, bedeutet. Ich werde versuchen, diese Haltung zu erklären.

Das Stereotyp der polnisch-russischen Feindschaft ist ebenso alt und festgefahren wie die Überzeugung von der polnisch-deutschen Feindschaft. Und abermals widerlegen die Tatsachen die Berechtigung der alten Vorurteile. Im vergangenen Jahr haben 8 Millionen ehemaliger Sowjetbürger unsere Grenze überschritten. Sie sind auf keinerlei Feindschaft gestoßen. Auch die zwischenstaatlichen Beziehungen sind keineswegs angespannt. Solange Rußland nicht an seine unglückselige imperiale Tradition anknüpft, solange gibt es keinen polnisch-russischen Konflikt. Freilich scheint es nicht für alle Russen klar zu sein, daß es keinen Rückfall in diese verhängnisvolle Tradition geben darf. Darüber sind wir echt und ernsthaft besorgt. Denn: Polen hat in den letzten fünf Jahren ein großes Stück Arbeit an sich selbst vollbracht. Wer unser Land vor 1989 besucht hat, weiß, wie sehr es sich verändert hat. Wir sind stolz darauf. Wir brauchen die Sicherheit, daß sich diese Arbeit lohnt.

Nun sind wir, wie alle anderen Nachbarn, um Erfolg und Stabilität der Reform in Rußland beunruhigt. Wir fürchten die wankenden Ruinen des Imperiums: Auflösungsprozesse von Staat und Armee, neue politische, ethnische, soziale Konflikte. Niemand ist darauf vorbereitet, die Folgen solcher Krisen aufzufangen - etwa in Gestalt von Massenmigrationen. Niemand, außer Polen, liegt genau auf der Achse von solchen möglichen Bevölkerungsverschiebungen. Daher gibt es zwischen uns und dem Westen keine Differenzen in der Hauptsache: Jeder auf seine Art, müssen wir der Reform in Rußland zum Erfolg verhelfen und so unseren Beitrag zur Sicherheit ganz Europas leisten. Heute hilft Polen, indem es Millionen

von Russen zeigt, wie ein normales Land aussieht, daß die erste Phase der Transformation erfolgreich hinter sich gebracht hat. Man kann die Aussagekraft dieses Anschauungsunterrichts kaum überschätzen, den viele Millionen von Russen sich in Polen geholt haben. Dieses Land, sagen sie nach der Rückkehr, haben sie als Westen empfunden, wo Menschen und Markt frei sind. Nun erwarten wir, daß dieser unser Beitrag und die geographische Nähe zu Rußland von unseren westlichen Partner mit klaren Entscheidungen honoriert wird: Es darf und kann nicht sein, daß das Schaufenster des Westens unversichert bleibt.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Die vor Polen und Deutschen stehende Aufgabe heißt: Eine bereits gute Nachbarschaft mit derart vielen Nähten zu verbinden, daß eine Trennung nicht mehr möglich ist. Im neuen Europa wird damit ein strategischer Punkt von ehemals erheblichem Konfliktpotential zum Angelpunkt einer Entwicklung, die weiter nach Osten und Südosten ausgreifen kann. Anders formuliert: Alle unsere Nachbarn halten unsere gemeinsame Aufgabe für den Prüfstein unserer Reife und Kooperationsfähigkeit - nicht nur zwischen uns beiden, sondern auch zwischen jedem einzelnen von uns und vielen anderen. Darüber hinaus wird ein gutes polnisch-deutsches Miteinander einen Signaleffekt für neue Mitglieder des Europarates haben. Denn: Wenn selbst Polen und Deutsche gut miteinander auskommen, kann sich niemand so gut aus dem Gebot der gesamteuropäischen Kooperation herausreden. Und dazu brauchen wir nicht nur hochstrategische Denkfabriken, sondern auch die Kenntnis, die Erklärung, wer und wie nun eigentlich unser Nachbar ist. Ich bin sehr zuversichtlich, daß auch die Universität Oldenburg ihren Teil zu diesem Prozeß beitragen wird.

MICHAEL DAXNER*Brücken nach Polen*

Sehr geehrter Herr Marschall,
Herr Landtagspräsident,
Exzellenz,
meine Damen und Herren!

Es ist mir eine Freude, Sie, Herr Marschall, an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg zu begrüßen, und mit Ihnen andere hervorragende Vertreter der polnischen Politik und Kultur. Unter den vielen polnischen Ehrengästen dieser Veranstaltung möchte ich besonders hervorheben Herrn Dr. Jan Zaciura, den Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses im Sejm, seine Exzellenz, den Botschafter der Republik Polen, Herrn Dr. Janusz Rejter, Herrn Generalkonsul Dr. Rzeszotarski, und unseren lieben Freund und Kollegen Andrzej Jamiolkowski von der Nikolaus Kopernikus Universität in Torun. Herr Landtagspräsident Horst Milde war schon dabei, als der Marschall heute morgen in Hannover ankam. Er hat uns den ganzen Tag begleitet, und seine Anwesenheit heute abend ist ein Zeichen dafür, wie ernst das Land Niedersachsen die polnisch-deutschen Beziehungen nimmt. Ich begrüße den Oberbürgermeister der Stadt Oldenburg. Sie, Herr Marschall, werden sich heute hier in das Goldene Buch der Stadt eintragen, einer Stadt, in der besonders auf kulturellem Gebiet viele Brücken nach Polen geschlagen wurden.

Meine Damen und Herren, seien Sie alle willkommen und lassen Sie mich auf den besonderen Veranstaltungsort eingehen, an dem Herr Dr. Oleksy seine Rede halten wird. Universitäten sind traditionell die Orte, an denen Meinungsfreiheit

und intellektuelle Auseinandersetzung mehr als anderswo gepflegt werden und deshalb, ganz im Sinne des Oldenburger Philosophen Karl Jaspers, als Forum für die Fragen der Zeit dienen können. Ein Kennzeichen einer freien Gesellschaft ist es, daß Universitäten nicht bei den geringsten Anlässen oder gesellschaftlichen Unruhen befriedet oder gar geschlossen werden. Und wir gehören einer Generation an, die in den 60er Jahren in Ost und West erlebt hat, welche Rolle die Hörsäle dafür gespielt haben, daß eine Gesellschaft sich ohne Bevormundung selbst denken kann. Aus dieser Erfahrung heraus hat die Oldenburger Hochschule zwanzig Jahre darum gekämpft, den Namen Carl von Ossietzky führen zu dürfen, und aus dieser Erfahrung heraus hat es in Ost und West kaum eine Anstrengung für mehr Demokratie gegeben, die nicht auch eine Wurzel in der akademischen Freiheit findet.

Wenn Sie, Herr Marschall, jetzt über Polen und Deutschland im neuen Europa sprechen werden, dann ist das Forum dieser Versammlung stellvertretend für die Bemühungen, das Verhältnis zwischen polnischen und deutschen Menschen auf eine vernünftige Basis zu stellen. Keine billige Versöhnungsrhetorik kann das leisten, was der kontinuierliche, beharrliche und wohl auch kritische Austausch von Ideen und Projekten zu erbringen vermag. Ich habe oft den Eindruck, daß jedenfalls in westlichen Gesellschaften das Interesse an anderen Ländern oder Zivilisationen nur dann ausgeprägt und aufgeregt sich manifestiert, wenn es Unruhen, Umstürze, Katastrophen oder Unsicherheiten gibt, die die eigene Position bedrohen. Wenn aber Gesellschaften sich anschicken, neue Normalität und langfristige Einlösung ihres gesellschaftlichen Konsenses zu praktizieren, dann lenkt der Katastrophenbedarf seine Aufmerksamkeit auf den nächsten Brennpunkt. Ich sage das an dieser Stelle bewußt in Ihrer Gegenwart, weil ich bei vielen deutschen Politikern und auch in der Bevölkerung die Gefahr sehe, daß dem normalen, seinen Rechtsstaat und seine Demokratie festigenden Gesellschaftssystem nicht die Aufmerksamkeit und

langfristige Kooperationsbereitschaft entgegengebracht wird, mit der die solidarische Anteilnahme gegenüber den gesellschaftlichen Veränderungen in Polen sich noch vor fünf Jahren auszeichnen konnte. Die Zusammenarbeit läßt sich nicht auf ökonomische Tagesgeschäfte und politische Machtbalance reduzieren. Wenn wir Lehren aus der Vergangenheit ziehen wollen, dann nützt es nichts, wenn die Stereotypen früherer Fehler ständig mit anklagender Miene wachgehalten werden, sondern ihre Überwindung bedarf dann beidseitiger alltäglicher Arbeit, die nicht ständig im Rampenlicht symbolischer Politik stehen kann.

Eine derartige Politik haben die Universitäten von Torun und Oldenburg seit über zehn Jahren mit einigem Erfolg praktiziert. Gegenseitige Besuche, gemeinsame Forschungsaktivitäten, der Austausch von Büchern, Geräten und vor allem Ideen hat eine Partnerschaft entstehen lassen, die auf viele Fachgebiete, und damit indirekt auf die wissenschaftliche Ausbildung der nächsten Generationen ebenso ausstrahlt wie auf das Selbstverständnis von Universitäten, die nationale Grenzen ohnedies nie respektieren dürfen.

Herr Marschall, Sie haben anstrengende Tage und Wochen hinter sich. Um so mehr wissen wir es zu schätzen, daß Sie der Einladung an unsere Universität gefolgt sind. Diese Einladung ist ja das Ergebnis langdauernder Bemühungen, die Fortschritte und Probleme im Verhältnis zwischen Polen und Deutschen nicht nur akademisch zu diskutieren, sondern der Öffentlichkeit deutlich zu machen. Und hier schließt unsere Intention an die Rede an, die Sie vor einigen Monaten in Bonn gehalten haben, und bei der Sie gewarnt haben, daß die neue Freundschaft wieder in die alten Stereotypen zurückfallen möchte. An dieser heutigen Veranstaltung haben viele Kolleginnen und Kollegen mitgewirkt; ich möchte ihnen im Namen der Universität recht herzlich danken und stellvertretend Herrn Hahn erwähnen, der die Einführung zum Vortrag von Marschall Dr. Józef Oleksy geben wird.

HANS HENNING HAHN*Brüderlichkeit zwischen Völkern?*

Sehr geehrter Herr Marschall,
Herr Präsident,
Exzellenz,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kollegen!

Es gibt ein altes polnisches Sprichwort, das behauptet:

"Póki swiat swiatem
nigdy Niemiec nie byl Polakowi bratem."
("Solange die Welt besteht,
war niemals der Deutsche dem Polen ein Bruder")

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde dieses Sprichwort von einem polnischen Politiker, Graf Ludwik Orpiszewski, einmal paraphrasiert mit den Worten:

"Póki swiat swiatem
nigdy tak blisko Niemiec nie byl Polakowi bratem"
("Solange die Welt besteht,
war niemals der Deutsche so nah dem Polen ein Bruder").

Brüderlichkeit zwischen Völkern - ist sie überhaupt möglich? Ist sie nicht Illusion in einer von Ökonomie und Technologie beherrschten Welt, in der viele zu glauben scheinen oder zumindest so handeln, als ob die Beziehungen zwischen Völkern sich durch mittelfristige Finanzkredite regeln lassen? Können Menschen, die in so ungleichen ökonomischen Verhältnissen leben, Brüder sein, Brüder werden?

Welche "Gemeinsamkeiten" haben sie, können sie aufbauen? Und was können Universitäten, Wissenschaftler, was können die Kulturwissenschaften dazu beitragen, solche "Gemeinsamkeiten" zu schaffen?

Die Prägung des Verhältnisses zwischen Polen und Deutschland durch eine "gemeinsame" Vergangenheit ist ein Gemeinplatz, der keiner Erläuterung bedarf. 200 Jahre sich verschärfender deutsch-polnischer Antagonismus seit den Teilungen Polens, an denen zwei deutsche Großmächte beteiligt waren, bis zum Geschehen des 2. Weltkriegs, die bisher prägendste Phase einer im ganzen 1000jährigen staatlichen und nationalen, friedlichen und streitbaren Nachbarschaft, verdeutlichen die Ambivalenz der Vokabel "Gemeinsamkeit".

Eine Aussöhnung zwischen Völkern muß auf einer gleichberechtigten Ebene und im Bewußtsein des gegenseitigen Respekts geschehen. Erschwert nicht das derzeitige wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen eine solche Aussöhnung in beträchtlichem Maße? Ich möchte die These wagen, daß eine Aussöhnung doch möglich ist, und zwar, wenn neben die übliche politische und wirtschaftliche Kooperation zwischen Staaten und Gesellschaften eine Politik tritt, welche die geistigen und kulturellen Dimensionen des Zusammenlebens von Staaten und Nationen nicht nur berücksichtigt, sondern bewußt und absichtsvoll zum gleichberechtigten Hauptpfeiler einer Versöhnungspolitik macht. Das gilt vor allem für zwei Völker mit einer so schwierigen "gemeinsamen" Vergangenheit wie Deutsche und Polen.

Hier sind sowohl staatliche Politik als auch gesellschaftliche Institutionen sowie der Einsatz von Individuen gefordert - nämlich ein Netz von Beziehungen und ein Bewußtsein geistig-kultureller Gemeinsamkeiten zu schaffen, zu pflegen und weiterzuentwickeln. Geschichte, Kultur und Wissenschaft sind in den vergangenen 200 Jahren nur allzuoft als Instrumente der

Trennung mißbraucht worden, indem man sie nationalisierte und als "Eigentum" definierte, das nur der eigenen Nation, dem eigenen Staate gehöre und niemandem sonst. Jedoch - es kann gar kein ausschließendes "Eigentum" an Kultur und Geschichte geben, weil sie sich letztlich gar nicht national definieren lassen und es zu den eigentümlichen Eigenschaften des "Geistes" gehört, keine Grenzen anzuerkennen. Kultur ist immer nur ein gemeinsamer Besitz aller Menschen, den es auch gemeinsam zu erforschen und weiterzuentwickeln gilt in einem Prozeß kreativer Auseinandersetzung, den staatliche Behörden nicht lenken dürfen, sondern den zu fördern sie aufgerufen sind.

Die Universität Oldenburg bemüht sich seit einiger Zeit, einen kulturwissenschaftlichen Polen-Schwerpunkt aufzubauen. Mit der Errichtung von polen-spezifischen Lehrstühlen in der Slawistik und am Historischen Seminar sind in den vergangenen zwei Jahren wichtige Schritte getan worden. Die außergewöhnlich gut funktionierende Partnerschaft mit der Kopernikus Universität Torun, als deren Beweis ich die Anwesenheit von Magnifizenz Prof. Dr. Andrzej Jamiolkowski an unserer heutigen Veranstaltung anführen darf, hilft uns dabei sehr. Wir sind uns dessen bewußt, daß wir erst am Anfang stehen und daß das Gelingen letztlich von uns selbst, von unserem Einfallsreichtum und unserer geistigen Beweglichkeit abhängt, und trotzdem benötigen wir auch die Mithilfe, die geistige materielle und schließlich auch politische Unterstützung von außen, von benachbarten und befreundeten Hochschulen, von Stiftungen und von politischen Institutionen in Polen und Deutschland.

Während Ihres offiziellen Besuches in der Bundesrepublik Deutschland im Januar dieses Jahres haben wir Ihnen, Herr Marschall, während eines Empfangs, der von der Präsidentin des Deutschen Bundestags, Frau Prof. Süßmuth, in Bonn gegeben wurde, unseren Wunsch vorgetragen, zu uns nach Oldenburg zu kommen. Zu dieser Einladung hat uns nicht nur das

hohe Amt, das Sie bekleiden, bewegt, sondern auch Ihr bekanntes Engagement für eine Verbesserung der polnisch-deutschen Beziehungen. Wir sind sehr glücklich, daß Sie unsere Einladung angenommen haben und wir Sie in Oldenburg begrüßen dürfen. Als Marschall des Sejms der Republik Polen sind Sie gleichzeitig ein Repräsentant des polnischen Staates und der polnischen Gesellschaft. Ihr Besuch ist nicht nur eine große Ehre für unsere Universität, sondern wir verstehen ihn auch als Beweis des Interesses an unseren Bemühungen, im Rahmen der Möglichkeiten einer wissenschaftlichen Hochschule in Forschung und Lehre unseren Beitrag zu einer Intensivierung des deutsch-polnischen Dialogs in einem zusammenwachsenden Europa zu leisten und damit etwas mehr "Gemeinsamkeit" zwischen unseren Ländern zu schaffen.

Wir danken Ihnen sehr, daß Sie gekommen sind.

Autoren

DR. JÓZEF OLEKSY (1946)

Marschall des Sejms der Republik Polen seit 14. Oktober 1993. Doktor der Wirtschaftswissenschaften und ehemaliger Aktivist des polnischen Studentenverbandes.

Erster Sekretär des Wojwodtschaftskomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Teilnehmer an den Gesprächen am ‚Runden Tisch‘.

Regierungsmitglied und Minister für die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften (März bis Oktober 1989).

Abgeordneter der X. und 1. Wahlperiode in Polen (1989-1993).

Vorsitzender des Sejmausschusses für Außenwirtschaftsbeziehungen, Mitglied des Verfassungsausschusses und der Parlamentarischen Versammlung der KSZE.

MICHAEL DAXNER (1947)

Dr. phil., Prof., Präsident der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg seit 1986.

Studien an den Universitäten Wien und Freiburg/Brsg.; 1972 Promotion zum Dr. phil.; 1971-1974 Arbeit im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Kommission für Hochschulplanung beim BMWF. Vertreter beim OECD/CERI-Projekt (Paris) und bei EUDISED (Europarat, Straßburg). Ernennung zum Professor für Hochschuldidaktik an der Universität Osnabrück. 1983-1984 Forschungsaufenthalte in den USA; 1985-1986 Dekan des

Fachbereichs Erziehung und Kulturwissenschaften der
Universität Osnabrück.

HANS HENNING HAHN (1947)

Dr. phil., Prof. für Moderne Osteuropäische Geschichte,
Schwerpunkt Geschichte Polens an der Carl von Ossietzky
Universität Oldenburg.

Promotion (1976) und Habilitation (1986) an der
Universität Köln. Lehrstuhlvertretungen in Heidelberg,
Warschau, Bielefeld, Köln, Göttingen.

Veröffentlichungen zur neueren polnischen Geschichte, zur
Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen, zum
internationalen Staatensystem des 19. Jahrhunderts und
zum historischen Spielfilm in Monographien sowie in
deutschen, polnischen, englischen und französischen
Periodika und Sammelbänden.